**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

**Band:** 16 (1936-1937)

**Heft:** 11

Rubrik: Politische Rundschau

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF: 28.11.2025** 

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Man nehme einmal die marxistischen Positionen in dieser Hinsicht unter die Lupe, und man wird bei allen die gleiche Unzulänglichsteit sinden. Mit schönen Redensarten von Förderung der Wohlfahrt und Kultur der Menschen auf Grund streng wissenschaftlich erwiesener Tatsachen ist es nicht getan. Es spielen im menschlichen Gemeinschaftsleben Faktoren eine Kolle, die wir mit unserem Verstande nicht erklügeln können. Sie sußen in den irrationalen Tiesen unserer persönlichen Existenz und offenbaren sich erst nach langer und gründlicher Arbeit an uns selber.

# Politische Rundschau

## Schweizerische Umschau.

Richtlinien und Landesverteidigung. / hausamann stößt vor. / herr Alphand auf Reisen.

Die Richtlinienbewegung hat bei ihrem Streben nach Erreichung unmittelbarer machtpolitischer Ziele vorerst einen deutlichen Mißersolg erlitten. Die Instanz, auf die es in letzter Linie noch ankam, nämlich der Zentralvorstand der freisinnigsdem ofratischen Partei der Schweiz, hat mit überwältigendem Mehr den Beitritt zu den Richtlinien abgesehnt. Damit wären diese vorläufig von der politischen Tagesordnung abgesetzt.

Leider stellt sich aber bereits jett die Tatsache heraus, daß es sich bei dieser Berabschiedung nach dem Willen sehr maßgebender Leute nur um eine vor sich usige Maßnahme handeln soll. Man hat eben in gewissen Kreisen, und vornehmlich in den Kreisen der freisinnig-demokratischen Partei, mutig die Fahne der Ablehnung aufgepflanzt, aber hinter ihrem großen Tuch sammeln sich bereits wieder die Heinzelmännchen und schüren das Feuer, auf dem sie letzen Endes doch noch ihr Parteisüppchen zu kochen gedenken. Es ist also, wie gewohnt, noch nicht aller Tage Abend.

Man hat nämlich herausgefunden, daß die Richtlinien an sich gar nicht jo übel wären und daß eine Zusammenarbeit mit den auf sie verpflichteten Gruppen schließlich doch einmal kommen musse. Und aus dieser Ginstellung heraus hat man weiter herausgefunden, daß es eigentlich nur der Ingreß zum Richtlinienprogramm sei, der die Beteiligung bürgerlicher Kreise ausschließe. Um Programm selbst war also eigentlich gar nichts auszuseten. Nun stellt sich dieser Ingreß allerdings als eine recht bittere Bille für freisinnige Seelen bar. Denn es fteht darin nicht mehr und nicht weniger, als daß die Ursache der bestehenden Schwierigkeiten wirtschaftlicher Natur auf die verfehlte Politik des Bundes= r a t e s zurudzuführen sei. Dies zu unterschreiben, mußte sogar einem Freisinnigen schwer fallen, benn schließlich bestätigt niemand gerne burch seine Unterschrift sein eigenes Unvermögen. Doch trot diefem für die burgerlichen Roalitionsparteien äußerst unangenehmen Einleitungssat ist, wie man durch eine Indiskretion der jozialdemokratischen Presse ersahren konnte, ein Antrag auf überweisung der Richt= linien an einen freisinnigen Parteitag nur mit 19 gu 19 Stimmen und zwar mit Stichenticheid des Brafibenten abgelehnt worden! Dag eine folche Situation trog der Fassung der Einleitung zum Richtlinienprogramm und trot bessen für die Zufunft äußerst verfänglichen Inhaltes eintreten fonnte, ift immerhin äußerst bezeichnend. Man konnte also auf die weitere Entwicklung gespannt sein.

Diese hat sich benn auch bereits mit aller Deutlichkeit abgezeichnet. Um letten Sonntag hielt im Schofe ber bernischen freisinnigen Partei Minifter und Nationalrat Dr. Studi eine Rebe, die eigentlich nichts anderes als ein Bekenntnis jum Richtlinienprogramm bebeutete. Er bezog fich barin ebenfalls ausbrücklich auf bie Einleitung, die den Beitritt zu den Richtlinien unmöglich gemacht habe, redete aber anschließend einer Zusammenarbeit mit ben gegenüber ber Landesverteibigung positiv eingestellten Linksgruppen das Wort, indem er hervorhob, daß der so bewiesene Patriotismus dieser Rreise respektiert werden musse. Immerhin lehnte er die Errichtung einer Bolksfront nach französischem Muster durchaus ab, was nun allerdings angesichts ber jungften kommunistischen Ausschreitungen und ber Reihe kommender Rommunistenverbote nicht gerade verwunderlich ift. Ob er sich dabei eine Zusammenarbeit ber bisherigen bürgerlichen Roalition mit ben betreffenden Linksgruppen vorstellte, oder eine Roalition unter Ausschluß der Ratholisch-Ronjervativen, war nicht genau ersichtlich - bei ber Einstellung ber katholischen Gruppe aber muß man von vornherein auf ein Ausbrechen biefer Gruppe angesichts eines solchen Projektes ichließen. herrn Minister Studi aber mare bas mahricheinlich ganz angenehm.

Ber gerecht ist oder sich wenigstens bemuht, den Spuren ber Gerechtigkeit nachzugehen, der wird gewiß ab und zu geneigt fein, ein starres Dogma im Interesse vaterländischen Strebens anderer und im Sinne weitgestedter Ziele zu opfern. Und fo fteht es benn auch burchaus nirgends geschrieben, daß ein Sozialdemokrat auf alle Zeiten hinaus regierungsunfähig sein soll. Schließlich kommt es wirklich weniger auf den dogmatischen Mantel an, den man in dieser doktrinaren Welt sich umzuhängen gewissermaßen verpflichtet ist, als auf eine freimutige und se Ibständige Einstellung zu den Problemen des Tages. Urteilt man aber so, jo läßt sich gerechterweise eine gewisse Wandlung in sozialdemokratischen Kreisen feineswegs verkennen. Rur kann es eben damit allein noch keines= wegs getan sein und es wäre wohl äußerst kurzsichtig gerade von den freisinnigen Gruppen, wenn sie einer immerhin noch sehr unsicheren Sache die bewährte Mitarbeit der katholischen Gruppe opfern wollten, nachdem es sich herausstellt, daß eben auch in diesem Fall der Fünfer und das Weggli nicht zu haben sind. Sieht man nun ab von gewissen Rreisen innerhalb der freisinnigen Partei, die birekt darauf hinzielen, die katholische Gruppe auszuscheiden, um ungehemmte Linkspolitik treiben zu können, — ber "bemokratische" Flügel — so ergibt sich logischerweise für die Mehrheit der freisinnigen Gruppe doch fein anderer Schluß, als auf die Zusammenarbeit mit den Linksgruppen zu verzichten, weil viel zu hohe Interessen auf dem Spiele stehen, Interessen, die einer momentanen Roalitionsaussicht unter feinen Umftanden geopfert werden durfen. Es find die Intereffen der Landesverteidigung.

Gewiß hat in diesem Punkt die sozialdemokratische Partei eine bedeutsame Wandlung durchgemacht und wir wollen heute gar nicht mehr unbedingt darauf abstellen, welches in letzter Linie der innere Grund dieser Wandlung gewesen ist, ob man also einsach dem antisascistischen Kind ein anderes Mäntelchen hat umlegen wollen. Bei gewissen Kreisen war dieses Motiv bestimmt ausschlaggebend, bei andern wahrscheinlich nicht. Was aber entscheidend ist, ist dieses: Das Bekenntnis der Sozialdemokratie zur Landesverteidigung ist erst nach schweren Kämpsen und in einer sehr verklausulierten Form zustande gekommen. Es war bestimmt kein freudiges Bekenntnis, und wenn es auch gewiß nicht für alle im Grunde den Charakter eines bloßen taktischen Schachzuges angenommen hatte, so sehlte andererseits durchaus die Begeisterung für die Sache. Nun wird uns wohl jedersmann zugeben, daß es äußerst schwer ist, mit solchen Leuten akt ive Landes vert eid ig ungspolitik zu treiben. Eine solche Politik aber drängt sich heute mehr denn je auf.

Die gesamten Kosten ber Mobilisation von 1914 bis 1918 mit Einschluß aller Küstungsspesen betrugen ungefähr eine Milliarde Franken. Zweiund breißig Milliarde nob reißig Milliarde nob reißig Milliarde noch ihon heute hört man, daß dieser Betrag voraussichtlich noch überschritten werden müsse, und dabei sind die Rüstungsanstrengungen der Dosminions keineswegs mit eingerechnet. Dieser in seinem Ausmaße immerhin überschaede Beschluß Englands beseuchtet die politische Lage Europas besier, als irgend etwas anderes es tun könnte. England hat lange gezögert, bis es seine Rüstung ernstlich auszubauen begann und nicht allein seine schwächliche Rolle im abessinischen Konflikt erklärt die heutige Anstrengung. Daß diese Anstrengung aber so überschiehend groß ist, das zeigt doch wohl, daß England zur überzeugung gekommen ist, daß eine wirkliche Befriedung Europas in absehbarer Zeit angesichts der besstehenden Gegensäte ausgeschlossen sein England bereitet sich also darauf vor, geslegentlich zu seinem eigenen Schuß oder zur Erhaltung der sogenannten europäischen Stabilität mit den Waffen einzugreisen.

Heute ist sich wohl jedermann darüber im klaren, daß ein kommender europäischer Konflikt die Lage der Schweiz aufs Außerste gefährden müßte. Die Festungsgürtel, welche die Hauptmächte an ihren Grenzen gezogen haben oder zu ziehen im Begriffe sind, lassen einen Bersuch des Durchmarsches durch schweizerisches Gebiet nur dann wenig aussichtsvoll erscheinen, wenn das schweizerische Heer wirklich in jeder Beziehung, und gemessen an den neusten technischen Ansorderungen, auf der Höhe ist. Wir vernehmen nun von sehr kompetenter Seite, daß dies nicht der Fall ist, warum dies nicht der Fall ist, und daß die Notwendigsteit besteht, die Ausbildungszeit unserer Kekruten erneut zu verlängern.

In diesen Tagen versendet der verdienstvolle Haupt mann Haus am ann in Teusen eine kleine Broschüre: "Ist unser Heer heute kriegsgenügend und seiner Aufgabe gewachsen?" Wir erkennen daraus einen sehr trüben Stand unserer Rüstung. Hausamann weist die Mängel im einzelnen nach, mit zwingender Begründung. Er fordert aus der Erkenntnis der gegebenen Notwendigkeiten die Verlängerung der Rekrutenschule auf ein Jahr, wovon sechs Monate dem eigentslichen Kasernendienst vorbehalten sein sollen, während der Rest zur felddienstslichen Ausbildung in einem Übungslager zu verbringen wäre, das, in der Nähe der Grenze gelegen, gleichzeitig die Funktion des Grenzschutzes zu übernehmen hätte.

Wir wollen es uns versagen, auf die in der Broschüre aufgestellten Postulate im einzelnen einzugehen. Die Ausführungen sind übrigens in einem großen Teil der Tagespresse abgedruckt worden. Außerdem ist der Versasser, als einer der besten Kenner unseres Wehrwesens, dafür bekannt, daß er Forderungen stichhaltig zu besgründen versteht und nichts verlangt, was über den Rahmen des unbedingt Notwendigen hinausginge. Endlich weiß man, daß der Versasser in guten Beziehungen zum Generalstab steht.

In ganz kurzen Strichen gezeichnet baut sich die Broschüre auf aus der Festsstellung, daß ein wirkliches Kriegsgenügen unserer Truppe heute vor allem desswegen nicht vorhanden sei, weil der einzelne Mann in der Handhabung der zahlsreichen neuen Infanteriewassen noch keine Übung besitze und diese bei der heutigen Ausbildungszeit auch nicht erwerben könne. Es sei aber unmöglich, eine kriegssgenügende Armee auf ausgebildeten Spezialisten aufzubauen, weil diese im Lause des Gesechtes in diesem Falle eben nicht ersetzt werden könnten. Außerdem sehle es an der Fähigkeit, die modernen Wassen taktisch richtig einzusehen und das Geslände richtig auszunüßen. Auch sür den Gebirgskrieg sehle es an der erforderlichen Ausbildung. Die Ausstellung des Grenzschutzes aus einer Söldnertruppe sei abzuslehnen. Dies vertrage sich nicht mit unserer Aussassung des Volksheeres. Anderersseits müsse angesichts des zu erwartenden übersallartigen Angriss der Grenzschutzständig aus einer gewissen Höhe gehalten werden. Durch die Verlängerung der

Ausbildungszeit auf ein Jahr und die Berlegung von je sechs Monaten in Abungslager an die Grenze ergebe sich bei geschickter Verteilung der Ausbildungszeiten der dauernde Bestand einer Grenzschustruppe von 15 bis 25000 Mann, ohne daß dadurch irgendwie der Milizcharakter unserer Armee aufgegeben würde. Außerdem ergebe sich aus diesem Shstem eine Verminderung der Arbeitslosigkeit. Die jährlichen Kosten der verlängerten Ausbildung würden sich bei Einsetung aller Faktoren auf rund 15 Millionen Franken belaufen.

Die Vorschläge des ersahrenen und mutigen Armeefreundes werden gerade infolge seiner bekannten Beziehungen zum Generalstab nicht versehlen, ein besteutendes Echo zu wecken. Man wird abzuwarten haben, wie von militärisch-amtslicher Seite darauf geantwortet werden wird. Die Hauptsache ist, daß dieses Prosblem aufgeworfen worden ist. Es wird dafür gesorgt werden, daß das Kollen des Steines nicht unterbrochen wird.

Angesichts des gefährlichen Rüftungsstandes Europas wird man nun mehr und mehr dazu kommen müssen, die innerpolitischen Probleme vom Gesichtspunkt der Interessen der Landesverteidigung zu betrachten. Aus dieser Erwägung aber muß uns heute der Bersuch, die Roalitionsverhältnisse durch Abtrennen von rechts und Anschluß nach links zu ändern, doppelt gefährlich erscheinen. Möglich immerhin, daß die Entwicklung noch andere Wege geht, als die sich heute aus der Ersahrung abzeichnen. So wie die Lage ist, kann eine Anderung der Roalitionspolitik gerade im Interesse der Landesverteidigung heute nicht in Frage kommen. Es wird sich im Gegenteil darum handeln, den Richtlinienseuten die hintere Türe ebenso zu verschließen, wie man ihnen die vordere verschlossen hat.

Ein Wort noch zu den Antrittsbejuchen des neuen französi= ichen Botichafters in Bern, herrn Alphand. Ginem alten Brauch folgend, besucht jeweils der französische Botschafter bei der Eidgenossenschaft übrigens, mit Ausnahme bes papstlichen Nuntius, der einzige seines Ranges die Regierungen der welschen und einiger benachbarter deutschschweizerischen Rantone. Auch bei bem fürzlichen Botichafterwechsel wurde bieser Brauch weiter geübt. Er wedte aber ein durchaus unshmpathisches Echo in der Presse, jodaß herr Alphand in der Folge auf die Fortsetzung dieser Besuche anscheinend verzichtet hat. Uns scheint, daß folche Reisen vielleicht ein ganz interessantes Requisit aus vergangenen Tagen sein mögen, dagegen in der heutigen ernsten Zeit, da wir um die Wiedererrichtung unserer strikten Neutralität kämpfen, abgestellt werden sollten. In Zeiten, wo das Bolk sein Außerstes zu seiner politischen und geistigen Erhaltung tun muß, ift für liebevolle Spaziergange im historischen Museum tein Blat, besonders wenn sie noch einen reichlich einseitigen Beigeschmad haben. Es ift zu hoffen, daß bas Echo, das dem französischen Besucher insbesondere aus der Provinzpresse entgegenschallte, genügt, um weiteres in bieser Richtung für biesmal und für später abzustellen.

Bürich, den 23. Februar 1937.

Jann b. Sprecher.

## Zur politischen Lage.

"Pause" in Frankreich. / Eine Ausnahme vom Totalitätsanspruch des nationalssozialistischen Staates zu Gunsten der evangelischen Kirche? / Russisches Justizstheater. / Ein Ring um Spanien.

Man mag sich auch zum Volksfrontgedanken ablehnend einstellen wie wir, so kommt man doch nicht darum herum, die Regierungskünste Léon Blums einigermaßen zu bestaunen. Schon drei Vierteljahre lang hält sich nun

bieser judische und sozialistische Ministerprafibent inmitten einer Belt von politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die er und seine Bolksfrontleute selber noch vermehrt haben. Wenn es auch zu Zeiten hieß, daß die Bolksfront mante, fo find boch bald barauf immer wieder Nachrichten von beren Festigung und Festigkeit eingetroffen. Tatsache ist es eben, daß Blum trop aller überstürzten Sozialmagnahmen den Bogen noch nie so weit überspannt hat, daß die Radifalen vom Front populaire abspenstig gemacht und die Rechtsoppositionellen Unlaß zu allseitig einleuchtender Kritik erhalten hätten. Immer hat Blum wieder so einzustenken gewußt, daß er seinen Gegnern die politische Angriffsfläche verringern konnte. Nachdem die Bolksfrontleute durch die Ginführung der Bierzigstundenwoche, der bezahlten Ferien und ber obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit, also durch ben "guten Billen" ihrer Regierung einigermaßen zum Schweigen gebracht sind, liegt es in dieser Richtung praktischer Politik, daß Blum nun eine "Pause" für bie wirtschaftliche und finanzielle Erholung einschalten und seine Brundfate allgemein nach feinen Erfahrungen revidieren will. Solche Beweglichkeit kann natürlich der Volksfrontherrschaft nur nüten, sodaß man sich auf eine längere Ctablierung des Marxismus am französischen Regierungsruder gesaßt machen muß.

Hür eine Anpassung scheint es allerdings höchste Zeit zu sein. Bei der miß= lichen Finanzwirtschaft ber Bolksfront nämlich, die ihr Budget mit 6 Milliarden Frs. Defizit abichließt, periodisch Unleiben, - auch eine folche in England - aufnehmen muß, die veranlagt hat, daß 100 Milliarden Francs nach der Schweiz, England und andern Staaten geflüchtet wurden, ist berzeit die Frage akut, ob nicht Blum mit seinem Finanzminister Bincent Auriol den Plat räumen muffe. Benn es ihm nun aber durch die Einschaltung einer "Pause" gelingt, auch nur einigermaßen bas Bertrauen seiner Landsleute in Staat und Regierung wieder zu gewinnen, jo wird es ganz bestimmt nicht zum Fall kommen. Wo hindurch der rechte Weg geht, hat die Opposition ja mit bankenswerter Deutlichkeit gewiesen: man barf nicht die Finanglage des Staates durch wirtschaftliche Spekulationen bessern wollen, man muß Taten gegen die Defizite unternehmen, und man muß als Finangminister in erster Linie auf das Gleichgewicht des Budgets achten. Wenn die Boltsfrontregierung diese Winke auch nur einigermaßen befolgt, so wird ihr die Opposition bei der im Gangen doch margiftischen Ginstellung Frankreichs nicht mehr viel anhaben konnen. Man bente boch baran, daß sich die Regierung in der jungsten Landesverteidigungsdebatte durch die Stellungnahme des Kriegsministers Daladier wieder bei allen Parteien schöne "Bunkte" gemacht hat, indem sie unter Berufung auf Deutschland neue Ruftungen forderte und die Berbindung der Armeen zur Zusammenarbeit als nächstes Ziel bezeichnete. Bei aller margiftischen Grundfählichkeit hat sich Blum auch gegenüber dem Elsaß in den letten Tagen wieder jo benommen, bag er auch von biefer Seite ber nichts zu befürchten hat. Mit ber Begründung, daß wegen des Deutschunterrichtes und wegen des obligatorischen tatholischen Religionsunterrichtes die elfässischen Schüler ein Schuljahr mehr als die übrigen Franzosen nötig hätten, wollte Blum dem Elsaß ein neuntes Schuljahr aufzwingen. Db folder Benachteiligung erhob sich am Rhein ein großes Betummel mit Fastenhirtenbriefen, Petitionsliften und Berjammlungen, denn bie Blum'iche Schulreform zielte allzu durchsichtig auf die Erzwingung der gewöhnlichen, rein französischen und laizistischen Bolksschule bin. Auch hier bat es Blum nicht auf das Augerste ankommen lassen, sondern die Elfässer mit dem Bergicht auf seinen Plan wieder zum Schweigen gebracht.

Von Deutschland her hat in letter Zeit nichts mehr überrascht außer der Berkündigung der Freiheit für die evangelische Kirche durch den Reichskanzler. Nicht einmal Hitlers Rede am Reichstag vom 30. Januar hat überrascht, wie dieser ja auch selbst "die Periode der überraschungen" als beendet hingestellt hat. Was

man von ihm hörte, tonte nach Frieden und Freundschaft. Nachdem aber so viel binund hergeredet worden ift, sowohl von Seiten Englands und Frankreichs, wie auch von Seiten Deutschlands und Staliens, darf ein gewöhnlicher Mensch jest einmal Berhandlungen erwarten. Es ist ja geradezu erschredend, mit welchem gepangerten Troß der Friede heute einhergeht. Raum hat Deutschland aufgeruftet, so will es von England ins Ungemessene überboten werden, geht boch ber bortige Plan auf eine Ausgabe von 1500 Millionen Pfund Sterling für militärische Zwecke, und auch Frankreich trachtet wieder nach neuen Verstärkungen. Schon längst sind wir der Meinung, daß Frankreich auf die Angebote Hitlers hatte eingehen sollen, aber gerade eine direkte Berständigung will Frankreich wegen seiner Berbindungen mit Rugland nicht durchführen. Wer wird da endlich einmal den Vermittler spielen? Jedenfalls wird man Deutschland kaum dazu bringen, den Locarnopakt zu ersetzen, obichon man gerade jagen muß, daß die Unteilbarkeit des Friedens auch eine allseitige Friedengübereintunft und nicht nur zweiseitige Berftandigungen von Staat zu Staat erfordert. Das einzige Gebiet, worauf sich allmählich eine vernünftige Lösung anbahnt, scheint das Rolonialproblem Deutschlands zu sein. England will zwar über die deutsche Kolonialsorderung derzeit noch nicht reden, aber auch dort erheben sich wie in Frankreich (Sarraut!) gewichtige Stimmen dafür, daß Deutschland fernerhin nicht mehr vom Rolonialbesit ausgeschlossen sein soll. Es ist gut so, benn wer heute für die Singabe von Rolonien an Deutschland eintritt, ift einer ber besten Förderer von Frieden und Gerechtigkeit.

Im Innern des Reiches wollen wir die vielen wirtschaftlichen Nöte, die Rorrektur ber Landesgrenzen, den Ausbau ber Auslandsorganisationen ber NSDUP, die Konkurrenzstiftung zum Nobelpreis und bergleichen für diesmal übergehen und und nur ben firchlichen Berhältniffen zuwenden, die fozusagen alle Welt dieser Tage in Atem gehalten haben. In dieser Beziehung stellen wir gleich das wichtigste Ereignis voran. Es ist der Erlaß hitlers über die Bahl einer ebangelischen Generalspnode vom 15. Februar, welcher folgenden Wortlaut hat: "Nachdem es dem Reichskirchenausschuß nicht gelungen ist, eine Ginigung ber firchlichen Gruppen ber deutschen evangelischen Rirche herbeizuführen, soll nunmehr die Kirche in voller Freiheit nach eigener Bestimmung des Kirchenvolkes sich selbst bie neue Berfassung und eine neue Ordnung geben. Ich ermächtige baber ben Reichsminifter für die kirchlichen Angelegenheiten, zu diesem Zwecke die Wahl einer Generalsmode vorzubereiten und die bagu erforberlichen Magnahmen gu treffen." Die hervorragende Bedeutung dieses Ersasses liegt darin, daß der national= sozialistische Staat hier einmal eine Ausnahme von seinem Totalitätsanfpruch macht. Welcher Mensch, welcher Berband, welche Behörbe, welche Bemeinde hat sonst dasselbe Recht wie nunmehr die Kirche, nämlich: "in voller Freiheit nach eigener Bestimmung sich selbst die neue Berfassung und eine neue Ordnung zu geben"? Die Ausnahme von dem großen Prinzip der Totalität ift so frappant, daß sie beinahe als unwirklich erscheint. Gerade in den letten Wochen hatte sich ja der Druck dieses Totalitätsanspruches wieder mit ungeheurer Macht auf die evangelische Kirche gelegt, der man wieder einmal zahlreiche Lebensäußerungen von der Bresse bis zur Wortverfündigung unterband, derweilen alle neuheidnischen Bekampfer von Kirche und Christentum ungestraft das große Wort führen durften. Besonders auf dem Schulgebiete ließ der Staat die Kirche seine Macht und Beistesrichtung spuren, indem er nicht nur die Jugend zwangsmäßig unter ben Ginfluß eines Balbur von Schirach stellte, sondern auch ber Bemeinschaftsichule mit ihrem heidnisch-deutschaftlichen Geiste anvertraut und die theologische Ausbildung auf bekenntnismäßigem Boden burch die Schließung der Theologischen Schule von Clberfeld verunmöglichte. Rurzum: Auf allen Lebensgebieten beansprucht ber Staat, beziehungsweise bie ihn allein beherrschende einzige Partei bie Borherrschaft und Entscheidung. Wenn er sich dabei auf den Boden des "positiven Christentums" stellt, so ist das bekanntlich nicht theologisch, sondern politisch aufzusassen und will höchstens besagen, daß die Partei mit dem Christentum positivetwas anzusangen wisse. Was sie aber damit ansängt, bleibt ihr anheimgestellt. Der Staat kann das Christentum annehmen, er kann es aber auch dis zur Unskenntlichkeit umdeuten oder verwersen. Was nun in den setzen Jahren von Parteis und Staatsseite her propagiert wurde, läuft unbedingt auf die Bildung einer nationalsozialistischen Staatsgesinnung hinaus, die alse Volksgenossen ergreisen und geistig unisormieren soll. Es kann kein Zweisel darüber bestehen, daß sowohl in Staat wie in Partei diejenigen Aräste am Ruder sind, welche mit dem Christenstum nichts oder nicht viel anzusangen wissen und sich nun mit der Ausbreitung eines neuen Glaubens "an Führer, Staat und Volk" abgeben. Je verbissener nun diese Leute gegen das "artsremde" Christentum vorgehen, se mehr sie die Jugend an sich ziehen, je mehr sie die Presse beherrschen und je mehr Hie die Jugend an sich ziehen, den mehr sie die Presse beherrschen und je mehr Hindernisse sar, welcher nun auf einmal die Freiheit der Kirche von staatlichen Bindungen und Einsslüssen proklamiert.

Der Staat, welcher sonst alles und jedes im Volksleben ordnet und für sich in Anspruch nimmt, hat also eingesehen, daß es für ihn auf kirchlichem Gebiete nichts mehr zu suchen gibt. Seine Kirchenausschüsse werden daher verschwinden, nachdem ihnen eine rechte Ordnung des kirchlichen Lebens nicht gelungen ist. Es gibt somit sortan wenigstens ein Gebiet, wo der Totalitätsanspruch des Staates nicht hinreicht. Man wird sich allerdings davor hüten müssen, diesen Einbruch in das nationalsozialistische System allzu bedeutend aufzusassen. Der Totalitätse anspruch ist nämlich nicht aufgegeben, sondern es gibt von jetzt an nur eine Sphäre, wo er sich für solange nicht auswirken kann, als in dieser Sphäre wirklich Kirche ist. Sonst wird er sich überall auswirken können, wie bis anhin.

Die Kirche muß nun selber beweisen, daß sie noch da ist. Wird sie vermögen, sich selbständig zu konstituieren und zu halten, nachdem sie in so skandaloser Beise aufgesplittert ift? Werden die bei den Wahlen auftretenden Richtungen der deutschen Christen (Rehm), der "nationalkirchlichen Bewegung" (Hossenfelder, Oberheid, Sasse), der "Bekenntniskirche" und der lutherischen Landeskirchen Süddeutschlands sich wirklich in einer einheitlichen Rirche vertragen können? Wir zweifeln baran. Die geistliche Leitung des Bolkes ist der evangelischen Kirche, obschon diese noch 40 Millionen Deutsche umfassen sollte, gerade durch die Konkurrenz der Staatsgesinnung icon so weit entwunden worden, daß andere Besichtspunkte als die biblischen immer wieder obenauf schwingen und am Mark der Kirche ständig nagen. Es braucht heute nicht einmal mehr eine Einmischung der Partei in die kirchlichen Wahlen, auch nicht eine Kampagne der politischen Tagespresse, und tropdem ist es ganz sicher, daß Staat und Bartei durch ihre einzelnen Glieder und Führer auf die firchliche Ordnung Ginflug nehmen. Go fann es dazu tommen, daß die Rirche, welcher ber Reichskanzler volle Freiheit gewährleistet, nicht mehr eine Kirche Jefu Chrifti, sondern eine von gang andern Gesichtspunkten beherrschte Gemeinschaft sein wird. Langsam scheint überhaupt gang Deutschland in jene Staatsgesinnung hinüber zu wechseln, die wir oben geschildert haben. Die alte Gottlofigteit, sei sie nun vom germanischen Heidentum ober aus dem modernen nationalistischen Selbstbewußtsein hergeleitet, fampft eben mit aller Bucht gegen jenen Einen, den das deutsche Bolt bei dem großen Phänomen der Christianisierung vor einem Jahrtausend als seinen herrn und heiland erkannt hat. Dabei kann es jo weit kommen, daß die äußerlich in Erscheinung tretende Kirche gar nicht mehr von der rechten chriftlichen Substanz erfüllt ist. Die mahre Kirche Feju Chrifti muß sich dann vielleicht als angebliche Sekte in Winkel zurudziehen und dort unter Berfolgung sich wieder zu einer Einheit sammeln, aber — deffen können die kulturellen Gewalthaber des Dritten Reiches gewiß sein - untergeben wird sie nicht!

Run liegt auch Rabet vulgo Sobelsohn, jener Freund und Genosse Lening, ben bie Bolichewiten seinerzeit als ben Diktator ber Schweiz ausersehen hatten, als "ein sich windendes, heuchlerisches, schmutiges Reptil, eine giftige trottistische Biper, die hinter einem schmeichlerischen Lächeln ihre Giftzähne verbarg", im Befängnis Stalins. Das ist das Resultat des zweiten Trogtistenprozesses, ben Stalin gegen Pjatakow, Rabek, Sokolnikow und Benoffen, insgesamt gegen sechszehn angeklagte Freunde Lenins, hat führen laffen, nachdem bereits im ersten Prozeß vom letten Sommer Sinowiew und Konsorten von dieser Belt verabichiedet worden find. Rabet kann noch von Glud fagen, benn er ift mit Arnold und Sokolnikow nur auf gehn Sahre Gefängnis gekommen, mahrend andere breizehn Angeklagte ihre Haltung mit dem Tode bugen mußten. Auch diesmal ging ber Prozeß wieder gegen Große des Sowietreiches: Parteisekretäre, den früheren Rommandanten der Mostauer Garnison, Generalstabsoffiziere und Birtschafts= führer. Die sechszehn Angeklagten sollen ein der Berschwörergruppe Sinowims und Konsorten "paralleles Tropkisten-Zentrum" gebildet haben, angeblich deshalb, weil sie bem Bentrum Sinowiews nicht recht trauten. Außerdem wurden ihnen Attentatspläne gegen die oberften Staats- und Parteiführer — b. h. wohl: gegen Stalin — vorgeworfen und ferner Spionage zu Gunften einiger ausländischer Staaten. Man wollte ihnen auch nachweisen, daß jie Ausländern behilflich waren, die einen Aberfall zur Eroberung von Sowietgebiet und zum Sturze der Sowietregierung beabsichtigten. Summa sumarum sei unter der Leitung von Tropfi eine Restauration des Rapitalismus, die Einführung saschistischer Methoden und die Wiederaufrichtung der Bourgeoisie geplant gewesen, zu welchem Ende auch Berhandlungen mit Tropfi und ausländischen Mächten stattgefunden hätten.

Natürlich haben sich die Angeklagten auch diesmal wieder von Anfang an im Sinne ber Anklage als schuldig erklärt, und anläglich ihrer Einvernahme zeigten jie sich bei den vom Staatsanwalt gewünschten Beständnissen über ihre Schädlings= arbeit äußerst bereitwillig. Auch diesmal steht aber ber Ruschauer wieder unter bem Gindrud, daß ein großes Juftigtheater vor ihm aufgeführt wurde. Die maffenhaften Selbstbezichtigungen lassen einem das ganze Procedere als nicht ganz geheuer ericheinen und erinnern wirklich an die Berenprozesse, bei benen die gequälten Opfer ja auch für alle Aussagen gewonnen werben konnten, die man von ihnen haben wollte. Wenn einer der Angeklagten bescheinigte, daß er mährend der Untersuchung "mit erdrückender Freundlichkeit" behandelt worden sei, so weist das vielleicht auf ein ähnliches Vorgehen hin. In sachlicher Beziehung ist lange nicht alles glaubwürdig, was behauptet und zugegeben wurde. Trobti hat natürlich von seinem neuen Wohnsit in Meriko aus alle Borbringen abgestritten; weder mit Deutschland noch mit Japan habe er über die Abtretung von ruffischen Gebieten verhandelt, noch sei er in Beziehung zu den Angeklagten gestanden. Auch wenn man von seiner Bestreitung absieht, liegt es doch auf der Hand, daß eine Menge von Zugeständnissen einfach nicht mahr sein können. Aber einen Zwed mußte der Prozeg doch haben: er bestand wohl darin, für allerlei wirtschaftliche übelftande Sündenbode zu gewinnen und die stalinfeindlichen Bewegungen zu unterdrücken. Mitunter mag es ja schon so gewesen sein, daß sich andere Meinungen als diejenigen der Regierung regten. Aber wahrhaft unvorstellbar ist die Richtigkeit der Behauptung, die verurteilten orthodoren Kommunisten seien mit dem Kapitalismus und dem Kaschismus im Bunbe gestanden.

Der Prozeß, dessen schwindelhafte Durchführung und dessen blutiges Ende wir soeben erlebt haben, ist vielleicht ein Zeichen dafür, daß Rußland am Borsabend einer politischen Krise steht. Wie einst der Zar, so steht heute Stalin, einzig von Heer und Partei unterstützt, an der Spize des mächtigen Reiches und lebt seiner nationalistisch-opportunistischen Politik. In Trozki aber wirkt die Gegenstraft der orthodox-kommunistischen Lehre, und die Tatsachen im russischen Volks-

geschehen selber drängen auf eine Umstellung im bürgerlichen Sinne hin. So ist eine weitere scharse Auseinandersetzung zu gewärtigen.

Nach mehrmonatlichen Bemühungen hat sich nun endlich der Ring zur Holierung bes spanischen Bürgerkrieges gebildet und verdichtet. Kund um Spanien ist jett ein Kontrollspstem eingerichtet, zu Lande durch Truppenteile der Franzosen und Portugiesen, zur See durch englische, französische, deutsche und italienische Kriegsschiffe. Sie sollen das am 15. Februar in Kraft getretene Berbot der Anwerbung und Durchreise Freiwilliger überwachen und niemanden nach Spanien hineinlassen, es sei benn, es handle sich um Spanier selbst. Gewiß ist mit dieser Maßnahme ein schöner Schritt nach vorwärts zur Besriedung Europas getan; das teils gedulbete, teils geförderte Absenden von Freiwilligen auf den spanischen Kriegsschauplat, welches noch leicht zu friegerischen Berwicklungen unter ben Mächten hätte führen können, ist nun abgestoppt. Wenn auch die bereits in Spanien kämpfenden Freiwilligen — bei ber Bolksfront sollen es 40 000, bei Franco 32 000 Ausländer fein — nun im Bürgerkrieg verbleiben werden, fo kann doch keine Berschärfung der Lage mehr eintreten. Bielleicht dauert auch der Krieg nicht mehr fo lange, wie er bisher gedauert hat. Da keine neuen Arafte mehr einspringen, so läßt sich eher hoffen, daß sich die Lage allmählich in dieser oder jener Richtung, burch einen Sieg dieser oder jener Partei flärt. Während vor Madrid alle Offensiven der Aufständischen sowohl wie der Bolksfront sozusagen ergebnistos verlaufen sind, haben die Nationalisten mit der Einnahme von Malaga vom 8. Februar durch den General Queipo de Llano einen bedeutenden Erfolg zu buchen. Sie sind baburch wieder einen Schritt näher an Valencia herangekommen.

Bülach, am 23. Februar 1937.

Balter Silbebranbt.

# Kultur-und Zeitfragen

## Pressefreiheit und ihre Schranken.

Die europäische Lage zwingt uns Schweizer wieder mehr als je unser Augenmerk auf die Außerungen der Presse zu richten. Die gewährleistete Pressesiheit verpslichtet jedes herausgebende Organ die Existenz der staatlichen Ordnung zu schützen.

Die Presserieit selbst ist noch nicht sehr alt. Als die Zeitungen, respektive beren Vorläufer bei uns aufkamen, war die Zensur selbstverskändlich. Zum ersten Male taucht der Gedanke der Presserieit in der englischen Revolution von 1688 auf. Man erkannte damals den Wert der freien Rede als Ventil zur Verhinderung von Revolutionen. In der Schweiz begann die Presse erst mit der Aufklärungszeit sich mit der Politik zu besassen. Füßli in Zürich und Iselin in Basel waren die führenden Männer.

Die moderne politische Tageszeitung entstand durch die französische Revolution. Osterreich verbot die eingeschmuggelten französischen Zeitungen sosort. Die Schweiz war unfähig, sich der Propaganda zu entziehen. Die Helvetik brachte dann auch uns die Presseiteit. Wer an die Regierung gelangte, nahm die Opposition sosort wieder unter Zensur. In der Mediationszeit war die Zensur wieder die Regel. In der Restaurationszeit wurden sogar Zeitungen verboten. Erst die Regeneration brachte definitiv die Presseiheit als eines der wichtigsten individuellen Freiheits